

Entschieden. Solidarisch. Konsequenz.

Folgen des Kriegs in der Ukraine für Deutschland und die Welt

Der 24. Februar 2022 markiert den Beginn einer neuen Zeitrechnung für die sicherheitspolitische Situation in Europa und auf der gesamten Welt: Mit der an diesem Tag begonnenen, illegitimen kriegerischen Invasion in die gesamte Ukraine durch die Russische Föderation stehen sich – erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – wieder zwei souveräne Staaten auf dem europäischen Kontinent in einer kriegerischen Auseinandersetzung gegenüber. Damit findet der 2014 begonnene Konflikt seinen gegenwärtigen, traurigen Tiefpunkt. **Wir verurteilen diesen in der jüngeren Vergangenheit beiseitslosen Akt der Aggression auf das Schärteste!** Dieser Bruch des Völkerrechts und die Abkehr von einer Sicherheitsarchitektur, die Europa seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ geprägt und Frieden garantiert hat, wird viel Leid, Elend und Tod über die Menschen in der Ukraine und viele Unbeteiligte bringen.

Wir erklären unseren höchsten Respekt vor den Ukrainerinnen und Ukrainern, die mit heldenhaftem Mut und aus großer Überzeugung für die Verteidigung ihres Landes und damit für die Werte unserer Demokratie kämpfen. **Wir stellen uns in dieser Auseinandersetzung klar und unmissverständlich solidarisch an die Seite der Ukraine und sagen unsere bestmögliche Unterstützung zu. Gleichzeitig trauern wir um die Opfer, die dieser Krieg bereits gefordert hat und sind im Gedenken bei den Familien, die ihre Angehörigen verloren haben.**

Mit dieser Kriegshandlung und der damit einhergehenden Neubewertung der internationalen Lage – aus der unter anderem bereits verteidigungs- und außenpolitische Konsequenzen gezogen wurden – richtet sich unser Blick aber auch auf die daraus resultierenden Gefahren für die Innere Sicherheit.

Wir sind hochgradig wachsam und werden unsere Sicherheitsbehörden im Bund und in den Ländern konsequent und noch besser auf aktuelle Bedrohungen wie Cyberangriffe und Spionageaktivitäten durch ausländische Staaten und gezielt gestreute Desinformation vorbereiten. Diese Herausforderungen zum Schutz unseres Staates und seiner kritischen Infrastrukturen haben wir ebenso im Fokus wie den materiellen Schutz von Gebäuden wie NATO-Einrichtungen, Landesvertretungen oder Konsulate und die Begleitung der größer

werdenden Zahl von Demonstrationen im Zusammenhang mit diesem Krieg. Wir sind in höchstem Maße alarmiert!

Letztlich wird vor allem eines deutlich: Innere und äußere Sicherheit müssen als Ganzes verstanden werden, weil sie sich gegenseitig bedingen. **Hierzu müssen wir auch gemeinsam mit dem Bund unsere Fähigkeiten zum Schutz der Zivilbevölkerung entsprechend neu bewerten und ausbauen.** Die Warnung der Bevölkerung muss durch den Ausbau eines flächendeckenden Sirennetzes und die Einführung von Cell-Broadcast wesentlich verbessert werden. Denn diese Vorkehrungen sind für den Schutz von Menschenleben unerlässlich. Das Sirenenförderprogramm des Bundes war ein wichtiger Schritt, muss aber unbedingt deutlich ausgebaut und aufgestockt werden, um eine flächendeckende Ausstattung zu gewährleisten.

Darüber hinaus müssen auch die personelle Ausstattung und die technischen Voraussetzungen sowie die tatsächlichen Möglichkeiten der deutschen Sicherheitsbehörden verbessert werden, insbesondere der Nachrichtendienste, so dass eine adäquate Aufklärung der Kommunikation und Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste vertieft gewährleistet werden kann, um anschließend sicherheitspolitische Maßnahmen umsetzen zu können.